

Thema

Eidgenössische Abstimmungen

Gräben, welche die Schweiz spalten

Die Abstimmung über die SVP-Initiative legt einmal mehr markante regionale Unterschiede offen. Drei regionale Gräben prägen die politischen Auseinandersetzungen schon seit mehreren Jahrhunderten.

Werner Seitz

Bei der Abstimmung über die SVP-Initiative «gegen Masseneinwanderung» haben sich bekannte politische Gräben aufgetan: Während die ländlichen Gebiete der Deutschschweiz Ja sagten, stimmten die Romandie und die Städte mehrheitlich Nein. Mit dem sprachregionalen und dem Stadt-Land-Graben wurden zwei der drei wichtigsten politischen Gräben mit regionaler Ausprägung sichtbar. Der dritte ist der konfessionelle Graben. Diese Gräben bestehen in der Schweiz seit mehreren Jahrhunderten. In ihnen manifestierten sich manchmal gesellschaftliche Zerrissenheit, manchmal aber auch nur ein kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Unterschied.

Entfremdung der Sprachregionen

Der sprachregionale Graben entstand mit der Helvetik (1798-1803), welche die alte deutschsprachige Eidgenossenschaft zu einem dreisprachigen Staat machte. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Sprachenfrage aber kein bewegendes Thema. Die revolutionären Auseinandersetzungen, welche zur Gründung des Bundesstaates führten, gingen quer durch die Sprachregionen. Trotzdem bildeten sich im neuen Bundesstaat gelegentlich tiefe Sprachgräben, vor allem bei Fragen des Aufbaus des Bundesstaates und seiner Infrastruktur. Die föderalistische Romandie war dann erfolgreich im Kampf gegen die Vereinheitlichungsbestrebungen der Deutschschweizer Radikal-Liberalen, wenn es zu einem informellen Bündnis mit den antizentralistischen Katholisch-Konservativen kam. Dies zeigte sich erstmals deutlich bei der Totalrevision der Bundesverfassung von 1872, welche von Konservativen und Romands zu Fall gebracht wurde.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann sich das Verhältnis zwischen den Sprachregionen ernsthaft zu verschlechtern. Sprachchauvinistische intellektuelle verfassten Traktate gegen die «Verwelschung» der Deutschschweiz bzw. gegen die «Germanisierung» der Romandie und beschworen die Superiorität der deutschen oder der französischen Kultur.

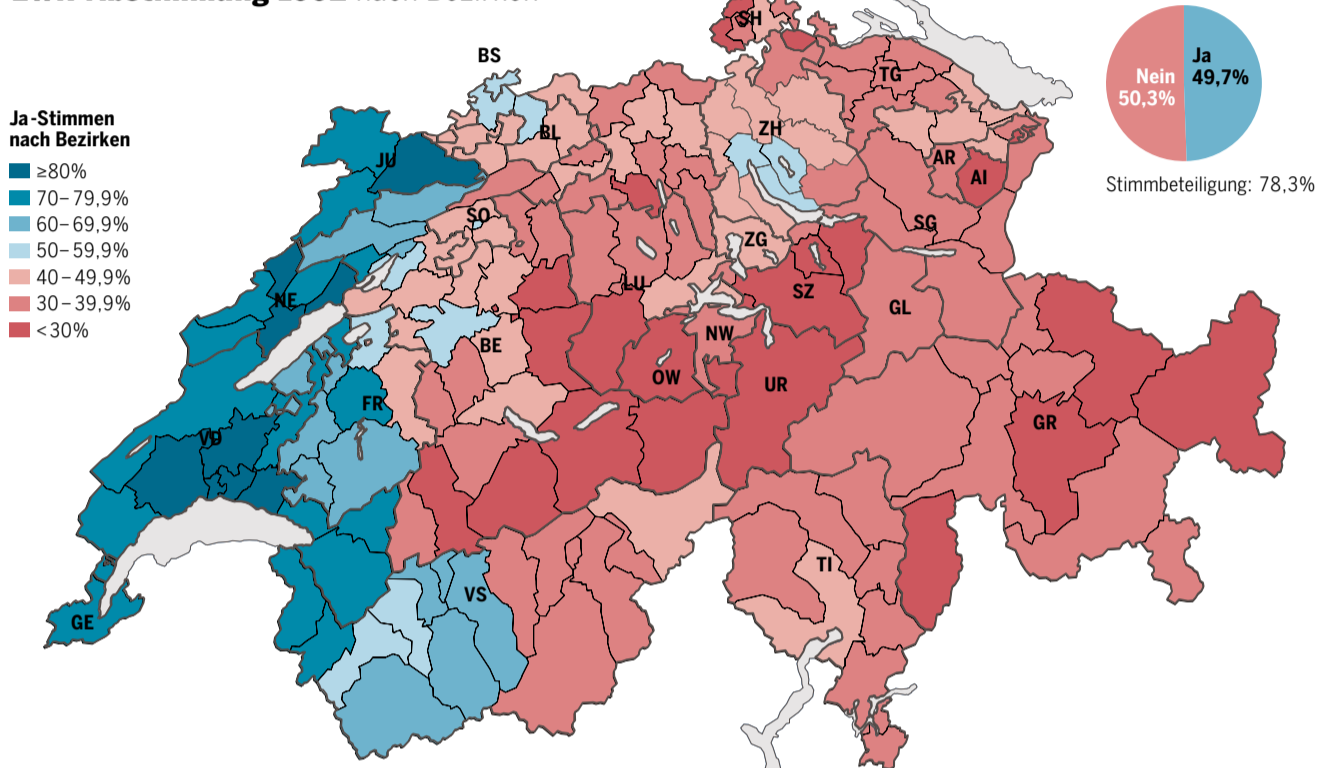
Schwersten Belastungen ausgesetzt war das Verhältnis zwischen den Sprachregionen im Ersten Weltkrieg, als die aussenpolitischen Sympathien entlang der Sprachgrenzen verliefen. Polarisierend wirkte im August 1914 die Wahl des offen deutschfreundlichen Ulrich Wille zum General der Schweizer Armee – gegen den entschiedenen Widerstand der Romandie. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges aber wurden die sprachregionalen Spannungen zusehends von sozialen Spannungen überlagert, da sich die soziale Frage rasant auszuspitze, in der Schweiz wie in Europa.

Im Zweiten Weltkrieg präsentierte sich die Schweiz in einer deutlich besseren Verfassung. Die «classe politique» pflegte die Eintracht der Sprachen, und zum General wurde mit Henri Guisan ein Romand gewählt, der in der Bevölkerung sehr populär werden sollte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten sich die kantonalen Identitäten ab, und mit dem Aufkommen der sprachregional ausgerichteten Massenmedien wurde die sprachregionale Identität gestärkt, vor allem in der Romandie. Diese bewegte sich zudem politisch nach links und zeigte sich zunehmend offen gegenüber sozialpolitischen Reformen. Dagegen kam der Deutschschweiz in sozialpolitischen Fragen immer mehr der bremsende Part zu. Sozialpolitische Vorlagen polarisierten fortan vor allem zwischen der Deutschschweiz und den beiden lateinischen Sprachregionen.

Unterschiede im politischen Verhalten zeigten sich auch bei aussen- und verkehrspolitischen Vorlagen. In Fragen der Aussenpolitik stellte die Romandie die ökonomischere Kraft dar, während die Deutschschweiz zurückhaltend war und die italienischsprachige Schweiz

EWR-Abstimmung 1992 nach Bezirken



1992 wurde ein Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit 49,7 Prozent Ja-Stimmen knapp verworfen. Eine klare Mehrheit der Kantone lehnte die Vorlage ab. Nur die Kantone der Romandie und die beiden Basel hiessen einen Beitritt gut. Die sprachregionale Spaltung zeigt sich deutlich im zweisprachigen Wallis. Die EWR-Vorlage polarisierte auch zwischen Stadt und Land: In der Deutschschweiz stimmten namentlich die grossen Städte Zürich (52%), Basel (55%) und Bern (59%) dem Beitritt zum EWR zu.

Bund-Grafik apa Kartographie: ThemaKart, BFS

den ökonomischen Teil markierte. Bei verkehrspolitischen Abstimmungsvorlagen stellte sich die Romandie am stärksten gegen Vorschläge, welche den Privatverkehr eindämmen wollten, während die Deutschschweiz und namentlich die italienischsprachige Schweiz Massnahmen zugunsten des öffentlichen Verkehrs unterstützten.

Das gesamtschweizerische Nein zum EWR, bei dem die Romandie überstimmte (Karte oben), führte für ein gutes Jahrzehnt zu einer Entfremdung zwischen den Sprachregionen. In der Romandie wurde die politische und auch die wirtschaftliche Dominanz der Deutschschweiz beklagt. Die Entfremdung wurde durch das Faktum verstärkt, dass in der Deutschschweiz die neoliberalen Ideen auf fruchtbareren Boden fielen als in der Romandie, die sich stärker nach links bewegte, und dass es die Deutschschweiz war, in der die SVP in den 1990er-Jahren zu ihrem national-konservativen Siegeszug ansetzte.

Nach der Jahrtausendwende kam es zu einer Entspannung. Mit den bilateralen Verträgen mit der EU schien ein Weg gefunden zu sein, mit dem die Deutschschweiz und die Romandie mehrheitlich einverstanden waren, zumal sich auch die Europhilie der Romandie etwas abgekühlt hatte. Die wirtschaftliche Situation verbesserte sich, und die Romandie war stolz auf den wirtschaftlich blühenden «arc lémanique». Das Faktum, dass die SVP mittlerweile ebenfalls in der Romandie Fuss gefasst hatte, führte zudem zu einer gewissen «Entdämonisierung» der «Blocher-Deutschschweiz». Bei der jüngsten Abstimmung über die SVP-Masseneinwanderungsinitiative öffneten

sich nun aber überraschend tiefe Gräben, die mit jenen der EWR-Abstimmung eine gewisse Ähnlichkeit haben.

Stadt und Land

Der älteste politische Graben ist der Stadt-Land-Graben. Er prägte die alte Eidgenossenschaft seit dem 14. Jahrhundert, als sich die Länderorte der Inner- und Bern verbündeten. Deutlich zeigte er sich im Bauernkrieg von 1653 oder in den frühen 1830er-Jahren, als sich im Rahmen der «Regeneration» liberale Intellektuelle und Unternehmer aus den ländlichen Gebieten gegen die Städte auflehnten und eine Reihe von liberalen kantonalen Verfassungsänderungen durchsetzten. Nachhaltig war dabei in Basel die Kantonstrennung zwischen der konservativen Stadt und der revolutionären Landschaft.

Der Stadt-Land-Graben gilt heute als die wichtigste politische Konfliktlinie. Er ist methodisch aber weniger eindeutig zu bestimmen als andere regionale Gräben. In der Deutschschweiz ist er ausgeprägter als in der Romandie. Die Abstimmungsvorlagen, die in den letzten Jahrzehnten am stärksten zwischen Grossstädten und ländlichen Gemeinden polarisierten, waren die klassischen Stadt-Land-Themen wie der Konsumenten- und Mieterschutz oder die Landwirtschaftspolitik. Sie betrafen aber auch und vor allem Fragen der ökologischen Ausrichtung verschiedener Politikbereiche.

Am stärksten polarisierten Abstimmungsvorlagen über die ökologische Landwirtschaftspolitik (inländische Zuckerrwirtschaft 1986, Kleinbauerninitia-

tive 1989). Verkehrspolitische Vorlagen polarisierten vor allem, wenn Fragen des öffentlichen bzw. Privatverkehrs im Zentrum standen (LSVA 1998). Gegensätze bildeten sich auch bei den aussenpolitischen Vorlagen (EWR 1992, UNO 2002, Schengen/Dublin 2005) sowie bei Werte-Themen wie der Gleichstellung von Frauen und Männern (1985) oder dem Schwangerschaftsabbruch (1985 und 2002).

In der Deutschschweiz bildeten sich Stadt-Land-Gräben auch bei jenen Themen, welche die nationalkonservative SVP mit ihrer starken Verankerung auf dem Land besetzte (erleichterte Einbürgerung 2004, Anti-Minarett-Initiative 2009, Ausschaffung krimineller Ausländer 2010 sowie jüngst die Masseneinwanderungsinitiative).

Katholische Parallelgesellschaft

Der konfessionelle Graben war mit der Reformation zur dominanten politischen Trennungslinie der alten Eidgenossenschaft und der jungen Schweiz geworden. Er führte zu vier Bürgerkriegen und spaltete die Bevölkerung nicht nur in kirchlichen oder theologischen Fragen, es ging vor allem auch um unterschiedliche Weltbilder und um wirtschaftliche und soziale Disparitäten.

Die politischen Auseinandersetzungen um eine moderne Schweiz waren im 19. Jahrhundert auch dadurch charakterisiert, dass sie «konfessionell aufgeladen» wurden, beispielsweise mit Klösteraufhebungen oder Jesuitenverboten. Damit wurde der alte konfessionelle Graben reaktiviert. Es gab zwar radikal-liberale Katholiken und konservative Reformierte. Die grosse Mehr-

heit der Katholiken aber war konservativ. Diese hatten den Sonderbundskrieg 1847 verloren und zogen sich darauf, politisch marginalisiert, in ihre Stammlande zurück. Von dort aus bauten sie eine «katholische Sonder- oder Parallelgesellschaft» (Urs Altermatt) auf.

In den Jahrzehnten nach 1874 nutzten die Katholisch-Konservativen erfolgreich das neue Volksrecht des Gesetzesreferendums, zumeist unterstützt von den föderalistischen Romands und den reformierten Konservativen. In dieser Periode wurden zwei von drei Volksabstimmungen über fakultative Gesetzesreferenden verworfen. Man spricht auch von der Zeit der Referendumsstürme. Höhepunkt war das sogenannte vierhöckerige Kamel von 1884. Damit wurde ein Referendum gegen gleich vier Gesetzesvorlagen bezeichnet, in dem sich der konservative und föderalistische Unmut über den radikal-liberalen Bundesstaat ausdrückte. Drei betrafen Finanzierungsvorlagen, an denen die Konservativen plakativ «Geldverschwendung» des radikal-liberalen Bundes, wachsendes Beamtentum und zunehmende Bürokratie kritisierten.

Ende des 19. Jahrhunderts näherten sich die beiden grossen politischen Kontrahenten etwas an, und die Katholisch-Konservativen nahmen 1891 Einsitz in den bisher rein freisinnigen Bundesrat. Diese Integration trug vor allem auch dem veränderten gesellschaftspolitischen Umfeld Rechnung. Ab den 1880er-Jahren war die sozialistische Arbeiterbewegung am Erstarren und hatte mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei 1888 auch auf der politischen Ebene Fuss gefasst. Die alten kulturkämpferischen Konflikte machten klassenkämpferischen Auseinandersetzungen Platz.

In der Folge flaute die fundamentale politische Opposition der Katholisch-Konservativen zwar etwas ab, die grundsätzlichen politischen Differenzen aber blieben weiter bestehen und die milieumässige Abschottung der Katholiken hielt an. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, im Zuge der Modernisierung der Gesellschaft und der stark gestiegenen sozialen und geografischen Mobilität, begann sich die «katholische Sondergesellschaft» aufzulösen. Die katholisch-konservative Partei benannte sich in Christlich-demokratische Volkspartei (CVP) um, definierte sich als Wertepartei und proklamierte die Formel der «dynamischen Mitte». Ab den 1970er-Jahren wurde der konservative Pol erstmals zunehmend überkonfessionell besetzt; die SVP begann in den katholischen Regionen Platz zu nehmen (Grafik unten).

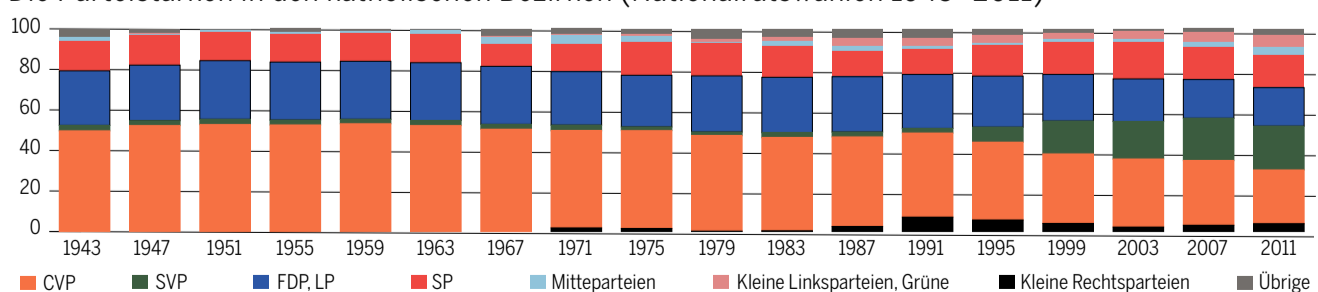
Neue Trennlinien

Eine Gesellschaft ohne politische Gräben gibt es nicht, genauso wenig wie es ein einheitliches Volk gibt. Neben den hier dargestellten politischen Gräben gibt es noch eine Reihe von anderen politischen Gräben. Der bekannteste ist jener von Kapital - Arbeit bzw. links - rechts. Politische Gräben sind aber nicht ein für alle Mal in Stein gemeisselt. Manche, wie der konfessionelle Graben, verschwinden, und es entstehen neue Gräben, wie die Spaltung Materialismus - Postmaterialismus («Neue Werte») oder die Spaltung Modernisierungsverlierer - Modernisierungsgewinner. Schliesslich können sich die polarisierenden Inhalte der politischen Gräben im Verlaufe der Zeit etwas ändern, wie beim Sprachgraben aufgezeigt oder wie man es bei der «Links-rechts»-Spaltung zeigen könnte.

Werner Seitz ist Politologe und leitet im Bundesamt für Statistik die Sektion «Politik, Kultur, Medien». Sein Buch «Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz. Eine Darstellung anhand der eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsergebnisse von 1848 bis 2012» erscheint demnächst im Rüegger-Verlag (Reihe: Kompaktwissen CH, 182 Seiten, 22 Franken).

Das Bröckeln der katholisch-konservativen Hochburgen

Die Parteistärken in den katholischen Bezirken (Nationalratswahlen 1943–2011)



Bis 1967 hatten die Katholisch-Konservativen (CVP) in den katholischen Bezirken die absolute Mehrheit der Stimmen inne. Darauf büsste sie bis 2011 ganze 24 Prozentpunkte ein (auf 27 Prozent). Im Gegenzug steigerte die SVP, welche früher in den katholischen Bezirken praktisch nicht präsent war, ihren Stimmenanteil auf 22 Prozent. Damit waren die katholischen Bezirke keine unangefochtenen Hochburgen der Katholisch-Konservativen (CVP) mehr wie beim Sprachgraben oder der «Links-rechts»-Spaltung.

Bund-Grafik apa Quelle: BFS, Berechnungen Werner Seitz